

für den sozialen Wohnungsbau für Wohneigentum vor Mietwohnungen aufgehoben werden. Die Verkürzung der Bindungsfristen soll wieder rückgängig gemacht werden.

ÖFFENTLICHE WOHNUNGSBAUGESSELLSCHAFTEN ERHALTEN UND AUSBAUEN

Viele Kommunen haben in den vergangenen Jahrzehnten ihre eigenen Wohnungsbaugesellschaften veräußert, um ihre klammen Kassen zu sanieren. Die Folgen für die Mieterinnen und Mieter waren stets Verunsicherung und Mieterhöhungen bis hin zur Verdrängung aus ihren bisherigen Wohnungen.

Die landeseigenen und kommunalen Wohnungsbaugesellschaften dürfen ihre Arbeit nicht darauf ausrichten, möglichst hohe Gewinne zu erzielen. Wenn öffentliche Wohnungsbaugesellschaften gerade einmal 40 Prozent ihrer Bautätigkeit der Errichtung von Sozialwohnungen widmen und überwiegend in Luxuswohnungen investieren, ist dies nicht hinnehmbar.

Öffentliche Wohnungsgesellschaften haben eine soziale Verantwortung, der sie endlich wieder gerecht werden müssen, indem sie

- nach dem Auslaufen von Fördermitteln auf die gesetzlich möglichen Mieterhöhungen verzichten und mindestens 15 Prozent unter der ortsüblichen Vergleichsmiete bleiben,
- bei Neuvermietungen keine Mieterhöhungen vornehmen,
- sozial gestaffelte Mieten für Geringverdiener, Familien mit Kindern und Rentnern mit kleinem Einkommen einführen.

WOHNKOSTEN FÜR ALLE SENKEN

Um die Nebenkosten unter Kontrolle zu bekommen, fordern wir

- von öffentlichen Vermietern die Begrenzung

der verbrauchsunabhängigen Nebenkosten durch die Vereinbarung von Teilklausurmieten.

- von kommunalen Versorgungsbetrieben für Strom, Gas oder Wasser
- die Einführung von Tarifen, die die unteren Einkommen entlasten,
- die jährliche Anpassung des Betrages für Energiekosten im Hartz IV-Satz an die immer höher werdenden Kosten.

Um den Anstieg von Warmmieten infolge energetischer Sanierungen zu verhindern, fordern wir

- gesetzliche Regeln zur sozialen Begleitung von Gebäudesanierungen,
- die Abschaffung der vollständigen Umlage solcher Investitionen auf die Mieterinnen und Mieter – entweder durch die Integration des energetischen Zustands in den Mietspiegel oder durch eine deutliche Senkung des Kostenanteils, der umgelegt werden darf.

Der Leerstand von Wohnungen zu Spekulationszwecken und ihre Umwandlung in Gewerberäume muss unterbunden werden.

Soziale Wohnungspolitik ist eine Aufgabe der staatlichen Daseinsvorsorge. Mieterinnen und Mieter dürfen nicht der Willkür eines unregulierten Wohnungs- und Finanzmarkts überlassen werden. Deshalb ist das Thema Wohnungspolitik für DIE LINKE eine Kernaufgabe der Bundes- und der Landespolitik.

 linksfraktion-hessen.de

 twitter.com/LinkeLTGHessen

 facebook.com/linksfraktion.hessen

Herausgeberin: DIE LINKE. Fraktion im Hessischen Landtag
Schlossplatz 1–3 | 65183 Wiesbaden

Telefon 0611 350 60 90 | E-Mail die-linke@ltg.hessen.de

Grafik und Satz: Hanna Hoeft | Druck: Flyeralarm.de

Fotos: Vorderseite: ferrantraite | 535046641 | istockphoto.com |

Innenseite: victor zastol'skiy | 100882021 | fotolia.com |

V.i.S.d.P.: Janine Wissler | Stand: Juni 2017



WOHNEN MUSS BEZAHLBAR SEIN!

Die Mietpreise gehen durch die Decke – Sie auch?

DIE LINKE.
FRAKTION IM HESSISCHEN LANDTAG

FÜR EINE SOZIALE WOHNUNGSPOLITIK!

Wohnen ist kein Luxus, sondern ein Grundbedürfnis. Doch die Situation in den hessischen Städten und Ballungsräumen ist dramatisch. Die Mieten steigen sprunghaft an, während die Einkommen der meisten Haushalte nur langsam wachsen oder sogar sinken. Die verfehlte Wohnungspolitik der letzten beiden Jahrzehnte in Bund und Land ist die maßgebliche Ursache für den Mangel an bezahlbaren Wohnungen.

Gleichzeitig stehen im ländlichen Raum viele Wohnungen leer. Fehlende Arbeitsplätze, ausgedünnter öffentlicher Personennahverkehr und mangelhafte Nahversorgung sind Gründe, dass viele Menschen vom Land in die Stadt ziehen. Durch die damit verbundene Verdichtung wachsen die Städte zu Lasten der Menschen, die in ihnen leben.

Eine verfehlte Sozial- und Strukturpolitik führt zu weiter steigenden Miet- und Nebenkosten. Dadurch werden Menschen mit geringem Einkommen in immer schlechtere Wohngebiete verdrängt. Das will DIE LINKE stoppen.

Unser Ziel: Kein Haushalt soll mehr als 30 Prozent des Nettoeinkommens für die Warmmiete aufwenden müssen!

WOHNEN DARF KEIN LUXUS SEIN!

Jeder Mensch sollte in einer menschenwürdigen Wohnung zu einem angemessenen Preis wohnen können. Doch viele Haushalte zahlen mehr als die Hälfte ihres Monatseinkommens für Miete und Nebenkosten. Eine wesentliche Ursache dieser Notsituation ist, dass es immer weniger Sozialwohnungen in Hessen gibt. In den letzten 25 Jahren ist die Zahl von 206.000 auf nur noch 100.000 Wohneinheiten geschrumpft. Deshalb warten mittlerweile 45.000 Familien in Hessen

vergeblich auf eine Sozialwohnung. Viele Berechtigte stellen zudem gar keinen Antrag, weil sie sich über ihre Berechtigung nicht im Klaren sind. So sind viele gezwungen auf den teureren freien Wohnungsmarkt auszuweichen. Die hohe Nachfrage treibt so die Mieten der Wohnungen in die Höhe.

Auch die Landesregierung (CDU und Grüne) hat die Verschärfungen der Vorgängerregierungen nur halbherzig korrigiert. So werden die ohnehin knappen Mittel für den sozialen Wohnungsbau weiterhin gleichrangig für die Schaffung von privatem Wohneigentum eingesetzt. Auch andere Instrumente zur Bekämpfung hoher Mieten und knappen Wohnraums wurden nur zaghaft und ohne wesentliche Erfolgsaussicht eingesetzt.

Hohe Energiekosten sind ein weiteres drückendes Problem für Mieterinnen und Mieter. Schuld daran ist nicht die Energiewende, sondern die Bundesregierung. Sie nimmt große Unternehmen von den Kosten der Energiewende aus und wälzt diese Kosten auf die privaten Verbraucherinnen und Verbraucher ab.

Auch bei energetischen Sanierungen werden die Mieterinnen und Mieter kräftig zur Kasse gebeten. Sie zahlen innerhalb weniger Jahre über die erhöhte Miete die kompletten Kosten – und danach kann der Vermieter weiter den Sanierungszuschlag abbassieren. Das wollen wir ändern!

UMKEHR BEIM SOZIALEM WOHNUNGSBAU IN HESSEN

Wir brauchen dringend mehr Geld um neue Sozialwohnungen zu bauen. DIE LINKE hat hierzu mehrfach Anträge im Landtag vorgelegt. Wir wollen, dass jährlich mindestens 10.000 neue geförderte Wohneinheiten gebaut werden. Wir fordern zudem den Bau von jährlich 2.000 Wohnungen vorwiegend für Studierende, aber auch für Auszubildende.

Wir wollen die vorhandenen Mittel ausschließlich auf diejenigen konzentrieren, die sie dringend benötigen. Dazu sind deutliche soziale Korrekturen am Wohnraumförderungsgesetz notwendig. Insbesondere muss der Einsatz von Mitteln



Die Mieten schwimmen nur so davon: Immer weniger Wohnraum erzeugt immer höhere Mietpreise.